

Asyl-Streit: Merz's; waghalsige Pläne und die Angst der Union

Professor Volker Kronenberg analysiert die Asyldebatte im Bundestag zum 30.01.2025 und ihre Auswirkungen auf die Politik.

Aschaffenburg, Deutschland - Die aktuelle Debatte über die Asyl- und Migrationspolitik hat im Bundestag eine neue Dimension erreicht. Laut **Focus** führt Volker Kronenberg, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bonn, eine tiefgehende Analyse der jüngsten Entwicklungen durch. Die Union hat, unterstützt von den Stimmen der AfD, einen Antrag zur Verschärfung der Migrationspolitik durchgebracht, was Kronenberg als „heikel“ bezeichnet und die Spaltungen innerhalb der Parteien thematisiert. Während die AfD jubelte, wirkte die Union selbst sichtlich peinlich berührt.

Kronenberg hebt hervor, dass alle Fraktionen den Handlungsbedarf bei illegaler Migration anerkennen, jedoch keine Mehrheit in der Mitte für einen wirklichen Wandel existiert. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Ampelregierung wird durch Umfragen deutlich. Der Politikwissenschaftler kritisiert die waghalsigen Schritte der Union, die letztlich kontraproduktiv sein könnten und der rot-grünen Regierung Aufwind verschaffen, was die Wahrnehmung von Olaf Scholz als stabilen Kanzler stärken könnte.

Folgen Merz' Vorschläge

CDU-Chef Friedrich Merz hat auf einen tödlichen Messerangriff in Aschaffenburg reagiert und drastische Maßnahmen in der Asyl-

und Migrationspolitik gefordert. **Deutschlandfunk** berichtet, dass Merz plant, im Falle seiner Regierungsübernahme Zurückweisungen an den Grenzen anzuordnen. Ein fünf Punkte umfassender Plan zur Zurückweisung von Flüchtlingen wurde bereits mit den Stimmen der AfD und FDP angenommen.

Merz kündigte an, am ersten Tag seiner Amtszeit alle Grenzen dauerhaft kontrollieren zu lassen. Dies bedeutet, dass alle illegal Einreisenden, selbst jene mit Schutzanspruch, zurückgewiesen werden sollen. Neben diesen Forderungen kritisiert Merz auch die bestehenden EU-Asylregeln, die er als dysfunktional ansieht, und fordert eine grundlegende Reform des Einreiserechts sowie des Asyl- und Aufenthaltsrechts. Der CDU-Vorsitzende schließt eine Zusammenarbeit mit der AfD aus und betont, dass die von ihm geforderten Maßnahmen Bedingung für eine Koalitionsregierung unter seiner Führung sind.

Kritik und Widerstand

Die Reaktionen auf Merz' Pläne sind gemischt. Bundeskanzler Olaf Scholz äußert Bedenken und warnt vor den Risiken, die eine Zusammenarbeit mit der AfD mit sich bringen könnte. Auch Angela Merkel hat Merz für seine Abkehr von früheren Positionen scharf kritisiert. AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel bezeichnete den Tag der Abstimmung sogar als „historisch“ und sieht darin einen Sieg für die Demokratie. Die Kritik von SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich und den Grünen verdeutlicht die politische Spannungen, die sich in der Asyldebatte zeigen.

Laut dem Präsidenten des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, scheitert die politische Mitte an einem gemeinsamen Vorgehen gegen die AfD. Zudem wird befürchtet, dass die Positionen von Merz erhebliche Folgen für die Koalitionsbildung nach der kommenden Bundestagswahl haben könnten.

Aktuelle Maßnahmen der Bundesregierung

Im Kontext der Migrationspolitik hat die Bundesregierung bereits

Maßnahmen eingeleitet, um die irreguläre Migration zu reduzieren, wie auf der Webseite der **Bundesregierung** dargelegt wird. Die Maßnahmen umfassen die konsequentere Ausweisung von Personen ohne Bleiberecht und die Erhöhung der Strafen für Schleuser. Seit dem 16. Oktober 2023 wurden temporäre Binnengrenzkontrollen eingeführt und sind an verschiedenen Landesgrenzen, wie zu Polen, Tschechien und Österreich, sowohl stationär als auch mobil möglich.

Zusätzlich hat die Bundesregierung Migrationsabkommen initiiert, die auf die Eindämmung irregulärer Migration abzielen, und als sichere Herkunftsstaaten erkannte Länder wie Georgien und die Republik Moldau implementiert, um Asylverfahren effizienter zu gestalten. Der bevorstehende Wahlkampf wird voraussichtlich von der Migrationsdebatte dominiert sein und eine konfrontative Stimmung erzeugen.

Insgesamt bleibt die Asyl- und Migrationspolitik ein hochkomplexes Thema, das die politischen Akteure vor enorme Herausforderungen stellt. Die Unterschiede in den politischen Ansichten verstärken die Spannungen, während der öffentliche Druck auf die verantwortlichen Parteien wächst.

Details	
Vorfall	Messerangriff
Ort	Aschaffenburg, Deutschland
Quellen	• www.focus.de • www.deutschlandfunk.de • www.bundesregierung.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de